

Befürwortende. *Butterwegge*, Professor für Politikwissenschaft und Geschäftsführender Direktor des Seminars für Sozialwissenschaften an der Universität zu Köln, zählt ohne Zweifel zu den Befürwortern des Sozialstaats. Er reiht sich mit seinem wichtigen und aufklärenden Buch nicht in die Linie der heute dominierenden (neoliberalen) Ablehner ein, die im Sozialstaat seit den Bismarckschen Anfängen schon immer ein großes Übel gesehen haben, weil er angeblich die Freiheit beschneide, die Faulheit fördere und die Wirtschaft lähme bzw. daran hindere, ihre ganze Dynamik zu entfalten. Für *Christoph Butterwegge* gilt dagegen: Diejenigen, die den Sozialstaat ablehnen und bekämpfen, haben ihn auch noch nie gebraucht. Ihre Kritik ist ausschließlich egoistisch-interessenorientiert. Die Kritiker übersehen die ökonomisch wichtige Funktion eines Sozialstaats im Hinblick auf konstitutive und stabile gesellschaftliche Verhältnisse. Die Verfassungsväter haben noch im Gegensatz zur heute praktizierten Politik des Sozialstaatsab- und -umbaus die hohe Interdependenz von Demokratie und Sozialstaatlichkeit für ganz wichtig erkannt. Längst sieht fest, dass diesbezüglich in gefährlicher Art und Weise gegen unsere Verfassung mit dem Sozialstaatsgebot (Art. 28 Abs. 1 Satz 1 „sozialer Bundesstaat“) verstoßen wird.

In seinem Buch zeigt *Butterwegge* dies wissenschaftlich fundiert und überzeugend dargelegt anhand der Struktur- und Gestaltungsprinzipien des deutschen Sozialstaates auf und beschreibt seine wechselhafte Geschichte vom Kaiserreich bis heute nach. Den Höhepunkt und vorläufigen Abschluss eines Ausbaus zum Sozialstaat im Nachkriegs-Westdeutschland sieht er dabei mit der Bildung einer SPD/FDP-Koalition unter Willy Brandt als Bundeskanzler 1969 gekommen. Wenig später, ab Mitte der 1970er Jahre, kam es dann zu einem weltweiten neoliberalen Paradigmenwechsel in der Ökonomie: Weg vom Keynesianismus, hin zur Neoklassik und zum Monetarismus, die Ende der siebziger Jahre durch Ronald Reagan in den USA und Margaret Thatcher in Großbritannien „regierungsamtliche Weihen“ erhielten und in konkrete Politik in Richtung Marktdominanz und Wettbewerb umgesetzt wurden. „Die kompensatorische Sozialpolitik der Nachkriegszeit“, schreibt *Butterwegge*, „wurde als ‚marktwidrig‘ bzw. ‚wettbewerbshemmend‘ verworfen und von einer kompetitorischen Wirtschafts-, Steuer- und Finanzpolitik abgelöst, die eine Steigerung der Konkurrenzfähigkeit des heimischen (Groß-)Kapitals nach außen sowie eine Verallgemeinerung des marktwirtschaftlichen Leistungsdrucks nach innen bezweckte.“ Je mehr der reale Kapitalismus in eine Wachstums-, Verwertungs- und Verteilungskrise geriet, um so mehr wurde der Sozialstaat in Frage

gestellt, „obwohl er weder Verursacher der (...) Weltwirtschafts- und der im Grunde bis heute anhaltenden Beschäftigungskrise war, noch aus seinem Um- bzw. Abbau irgendein Nutzen für die wirtschaftliche oder gesellschaftliche Entwicklung des Landes erwächst. Vielmehr“, so eine zentrale These des Buches, „bringt die neoliberale Wende zwar das Ende des Wohlfahrtsstaates, wie ihn die ‚alte‘ Bundesrepublik kannte, mit sich; eine Hochleistungs-, Konkurrenz- und Ellbogengesellschaft nach US-amerikanischem Muster bietet aber für die Mehrheit der Bevölkerung keine erstrebenswerte Alternative.“

Das große Verdienst des Buches ist sicher auch die fast lückenlose Beschreibung und sozial-ökonomische Abrechnung, sozusagen als Nachschlagewerk, mit den „Kohl-Regierungen“ von 1982 bis 1998 und der Verschärfung des Sozialabbaus durch die rot-grüne Regierungspolitik ab 1998 bis heute, der *Butterwegge* jeweils zwei eigene Kapitel mit über mehr als einhundert Seiten widmet. Vor dem Hintergrund der in Deutschland als Folge einer völlig verfehlten neoliberalen Wirtschaftspolitik immer mehr zugenommenen Massenarbeitslosigkeit (in Ostdeutschland sind mittlerweile über 40 Prozent der Bevölkerung direkt oder indirekt von Arbeitslosigkeit betroffen!) mit dadurch gestiegener Ungleichheit der Markteinkommen, musste es zwangsläufig zu einer Krise des Sozialstaates kommen, die sich immer mehr in einer Zunahme der relativen Einkommensarmut manifestiert. Mit dieser grundsätzlichen Kritik endet aber nicht das Buch. *Butterwegge* ist klar, dass die Lösung der sozialen Frage eng mit der Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit verknüpft ist. Dazu bedarf es einer gänzlich anderen Wirtschaftspolitik, die endlich Schuss macht mit der Umverteilung von „unten“ nach „oben“ und die Arbeit per Arbeitszeitverkürzung neu verteilt. Ergänzt werden muss diese Wirtschaftspolitik durch eine Sozialpolitik, die *Butterwegge* in den beiden letzten Kapiteln seines Buches diskutiert und konkrete Alternativen zum eingeschlagenen neoliberalen Kurs eines Sozialstaatsabbaus entwickelt. Im Mittelpunkt steht hier die Bürgerversicherung und ihre Finanzierung. Es ist zu hoffen, dass das Buch große Verbreitung findet und die herausgearbeiteten Vorschläge zum Erhalt des Sozialstaates zur Umsetzung gelangen.

Heinz-J. Bontrup (Gelsenkirchen)

Klaus Dörre, Bernd Röttger (Hg.): Die erschöpfte Region. Politik und Gewerkschaften in Regionalisierungsprozessen, Münster:

Westfälisches Dampfboot, 2005, 236 Seiten, ISBN 3-89691-560-6, 24,90 €

Der Sammelband zu regionalpolitischen Akteurskonstellationen ist im Rahmen eines von der Hans-Böckler-Stiftung und dem Bundesland Nordrhein-Westfalen finanzierten Projekts des Forschungsinstituts Arbeit, Bildung, Partizipation (FIAB) in Recklinghausen entstanden. Hierzu fanden in den Jahren 2003 und 2004 Workshops zu industrie- und regionalpolitischen Initiativen der Gewerkschaften in den drei altindustriellen Regionen Chemnitz, Dortmund, Nürnberg statt. Sie lösten im Kontext der unterschiedlichen regionalen Bedingungen und Handlungskonstellationen kontroverse Debatten zu gewerkschaftlichen Gestaltungsmöglichkeiten und Steuerungsleistungen in regionalen Netzwerken aus. Entsprechend liefern die Herausgeber *Dörre* und *Röttger*, Sozialwissenschaftler am FIAB und der Universität Jena, in ihrem einleitenden Beitrag einen differenzierten Problemaufriss zur Region als einem arbeitspolitisch erweiterten Handlungsraum der Gewerkschaften. Auch wenn seine Grenzen in ihrer, den Band abschließenden Zwischenbilanz ernüchternd bilanziert werden, lassen sie keinen Zweifel an dem notwendigen Aufbau gewerkschaftlicher Verteidigungslinien gegenüber den vorherrschenden Standortwettbewerben.

Dazwischen stehen in dem ersten Schwerpunkt eher theoretisch orientierte Aspekte um Globalisierung, Regionalisierung und Netzwerksteuerung zur Diskussion. Der Organisationssoziologe *Pichierri* aus Turin leistet eine begriffliche Klärung empirisch gehaltvoller Kriterien im Dschungel ausufernder Netzwerkdefinitionen. Für die hier angesprochene Dialektik von internen Kooperationsstrategien und externen Drucksituationen setzen die beiden folgenden Beiträge divergierende Akzente. Während der Hamburger Soziologe *Hoffmann* im sozialregulierten Zusammenspiel neuer Produktions-, Dienstleistungs- und Beschäftigungsformen durchaus Chancen für eine regionale Revitalisierung des rheinischen Kapitalismus (*Albert*) erkennt, werden diese von *Röttger* mit regulations- und raumtheoretischen Argumenten eher kritisch beurteilt. Denn mit der Durchkapitalisierung vormals öffentlicher Wirtschaftsbereiche und staatlicher Leistungen bleiben gewerkschaftlich beeinflusste Entwicklungsstrategien nicht davor gefeit, unter dem politisch freigesetzten Sachzwang Weltmarkt (*Altvater*) auf das wettbewerbspolitische Interesse bestimmender Unternehmen umgebrochen zu werden. Dies tritt in selektiven wirtschafts- und technologiepolitischen Zielsetzungen einer sozialdarwinistischen Stärkung der Starken, seien es Leuchttürme, Wachstumskerne oder Eliten, ebenso

zutage wie in jenen sozialpolitischen Reformagenden, die vermehrte gesellschaftliche Ungleichheit und soziale Unsicherheit als erforderliche Arbeits- und Leistungsanreize legitimieren.

Entsprechend zeigen die auf praktischen Erfahrungen beruhenden Beiträge des folgenden Schwerpunktes eine verstärkte Ambivalenz regionalpolitischer Strategien seit den 1990er Jahren. Die gewerkschaftlichen Handlungsspielräume verschieben und verengen sich mit der wettbewerbswirtschaftlicher Transformation sozialstaatlicher Regulationsbedingungen. Sie können sich immer weniger an den makroökonomischen Zielsetzungen eines sozialpolitischen Ausgleichs wie an integrativen Entwicklungskonzepten endogener regionaler Potenziale orientieren. Entsprechend zeigt der in der Bundeskoordination Internationalismus engagierte Regionalwissenschaftler *Markus Wissen*, wie die montanindustrielle Hegemonie im Ruhrgebiet von einer differenzierten Inwertsetzung regionaler Potenziale abgelöst wird. Nach dem sich zunehmend durchsetzenden Muster ungleicher Entwicklung dominieren nach der Analyse des Politologen *Sack* in der nordhessischen Stadtregion Kassel öffentliche und private Strategien einer unternehmensbezogenen Clusterbildung mit Technologie-, Innovations- und Kompetenzzentren. Wie die Gewerkschaften als beschäftigungspolitisch orientierte Handlungsträger sich in regionale Innovationsstrategien dennoch gestaltend einbringen können, legen die Sozialwissenschaftlerin *Blöcker* sowie die IG-Metaller *Bremer* und *Katzen* für die Region Südostniedersachsen dar. Diese zeichnet sich durch strukturbildende Vernetzungen über die eigenen Organisationsgrenzen hinweg aus, die in der Darstellung des Sozialforschers *Kock* über die regionalisierte Strukturpolitik in Nordrhein-Westfalen einen Ausweg aus Beteiligungsfallen eröffnen können. Dabei dient das östliche Ruhrgebiet, insbesondere der Dortmunder Raum mit seiner entfalteten Kooperationskultur, als positiver Referenzmaßstab. Hier werden die arbeitsmarktpolitischen Herausforderungen, wie der zuständige DGB-Vorsitzende *Weber* darlegt, unter der Losung „Aufklärung und Widerstand“ angenommen. Für eine entsprechende Berücksichtigung schwacher Interessen entwickelt der Magdeburger Politologe *Roy* das Konzept einer sozialintegrativen Regionalisierung. Es macht jedoch gewerkschaftliche Interventionen in gesamtgesellschaftliche und finanzpolitische Grundsatzentscheidungen auf nationalstaatlicher und europäischer Ebene erforderlich.

Der besondere Reiz dieses Sammelbandes besteht im Kontext der Fülle regionalpolitisch orientierter Publikationen nicht nur in der Auswahl unterschiedlicher empirischer und theoretischer

Zugänge aus einem primär arbeitsorientierten und gewerkschaftspolitischen Blickwinkel; sondern das spezifische Verdienst der Herausgeber beruht darüber hinaus in der theoretisch fundierten Interpretation sozial-ökonomischer Bedingungen und aktueller Handlungsmöglichkeiten, in die vergleichende Analysen konkreter Strukturen, Leistungen und Funktionen gewerkschaftspolitischer Modellregionen einfließen. Bereits in der rhetorischen und resignativen Fragestellung des Titels „Die erschöpfte Region?“ lassen *Dörre* und *Röttger* schrumpfende gewerkschaftliche Aktionsmöglichkeiten vor dem Hintergrund zunehmend finanzmarktorientierter Unternehmensstrategien und flankierender staatlicher Deregulierungsstrategien erkennen. Die Zwischenergebnisse dieses Bandes dokumentieren, in welchem Ausmaß sich die Gewerkschaften aus der Zwickmühle arbeitsmarktpolitischer Flexibilisierungen und aktionärszentrierter Gewinnsteuerungen befreien müssen. Dies schließt die Entschärfung eines politisch weltweit angeheizten Wettbewerbs ein, der als marktfundamentalistischer Hebel für eine beschleunigte Umverteilung des gesellschaftlich erzeugten Reichtums von unten nach oben fungiert.

Gegenüber einer sich als alternativlos darstellenden Globalisierungsideologie bleiben die Gewerkschaften zentrale arbeitspolitische Motoren für die Bewahrung und Verbesserung der konkreten Arbeits- und Lebensbedingungen. Sie sind in dieser reformpolitischen Funktion aber auch gefordert, sich in regionale Entwicklungscoalitionen für beschäftigungswirksame Investitionen, insbesondere in soziale Dienstleistungen und wachsende Umwelterfordernisse, einzubringen. Hierbei kommt kritischen Sozialwissenschaftlern die konstruktive Aufgabe zu, an der Entwicklung alternativer Konzepte von der regionalen bis zur europäischen Ebene mitzuwirken, ohne sich in die marktgängigen wettbewerbskorporativen Lösungsangebote zu verstricken.

Paul Oehlke (Bonn/Köln)